

# DER STACHEL

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

---

25. Jahrgang  
September 2008

---



<b>Vorwort</b> <i>Weise Worte von Elena und Götz</i>	Seite 3
<b>Cuba</b> <i>Wohin geht's?</i>	Seite 4/5
<b>Spaniens Sozialisten</b> <i>Olé!</i>	Seite 6/7
<b>Antisemitismus</b> <i>Die Ausnahme?</i>	Seite 8/9
<b>Lateinamerika</b> <i>Auf dem Weg zum Sozialismus?</i>	Seite 10/11
<b>Flüchtlingspolitik</b> <i>Ein Gastbeitrag</i>	Seite 12/13

## Impressum



### Herausgeber:

Juso-Kreisverband  
Rendsburg-Eckernförde,  
Elena Pieper (V.i.S.d.P.),  
Kleiner Kuhberg 28-30,  
24103 Kiel,  
www.jusos-rd-eck.de

### Chefredaktion:

Götz Borchert,  
(goetz@jusos-rd-eck.de)

### Redaktion:

Elena Pieper,  
Thomas Stegemann  
(stachel@jusos-rd-eck.org)

### Layout:

Tobias Seidel  
(jusos@tobiassseidel.eu)

### Auflage:

800

### Druck:

Schreiber Druck,  
Feldstraße 7, 24105 Kiel



## Gute Arbeit

*Für alle!*

Seite 14

## Alltagsnationalismus

*Bist du der Baum?*

Seite 15

## Historisches

*Bürgerkrieg in*

*Spanien*

Seite 16/17

## Angelesen

*Urlaubslektüre*

Seite 18

## Nachgefragt

*Landeshorst*

Seite 19

## Rückseite

*El Pueblo Unido*

Seite 20

Liebe Leserinnen und Leser,



rechtzeitig für die sonnigen Monate 2008 liefern wir euch eine neue STACHEL-Ausgabe.

Der Schwerpunkt liegt diesmal im internationalistischen Bereich.

Thomas Stegemann berichtet über Kuba, ich selbst habe mich mit Spanien befasst und Elena Pieper positioniert sich unter anderem zum Thema Nationalismus.

Wir wollen euch auch gar nicht lange vom Lesen abhalten, vorher aber noch ein kleiner Rückblick auf die Kommunalwahlen.

Das Ergebnis für den Kreistag hätten wir uns natürlich noch etwas besser gewünscht, es freut uns aber sehr, dass mit

Thomas Stegemann und Gerrit van den Toren zwei Jusos gewählt wurden.

In den Kommunen sind die Ergebnisse recht verschieden ausgefallen, aber auch hier fällt eines auf: Die meisten Jusos, die kandidiert haben, sind gewählt worden, einige haben sogar ein Direktmandat erhalten. Wir gratulieren ihnen allen recht herzlich zur Wahl.

Mit der Extra-Ausgabe des STACHEL zur Kommunalwahl und einigen weiteren Aktionen sowie dem eigenen Wahlprogramm haben wir einen selbstbewussten und eigenständigen Wahlkampf für unsere Ziele gemacht. Diese Linie wollen wir in Zukunft fortsetzen. Die Jusos Rendsburg-Eckernförde sind deutlich wahrnehmbar.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle besonders bei unserem STACHEL-Layouter Sascha Paetznick, der sich aus zeitlichen Gründen aus der politischen Arbeit zurückziehen wird. Sascha hat in den letzten zwei Jahren den STACHEL äußerlich maßgeblich gestaltet. Vielen Dank! Gleichzeitig freuen wir uns mit Tobias Seidel einen neuen Layouter gewonnen zu haben.

In diesem Jahr wird der STACHEL 25 Jahre alt. Das ist ein Jubiläum, das wir selbstverständlich nicht vernachlässigen wollen. Daher haben wir eine große Bitte an euch: Schickt uns eure Erinnerungen an 25 Jahre STACHEL per Mail an [goetz@jusos-rd-eck.de](mailto:goetz@jusos-rd-eck.de). Habt ihr selbst einmal am STACHEL mitgearbeitet? Was für Gedanken verbindet ihr mit unserer Zeitschrift? Die Beiträge können auch nur wenige Sätze enthalten. In der nächsten Ausgabe werden wir dem Rückblick einen angemessenen Platz einräumen. Bereits jetzt vielen Dank für eure Unterstützung!

Mit roten Grüßen,  
Elena Pieper,  
Kreisvorsitzende Jusos Rd-Eck

Götz Borchert,  
STACHEL-Chefredakteur

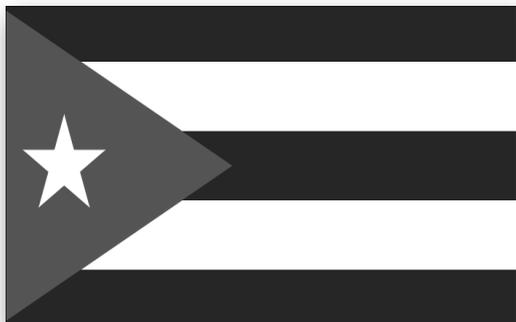


## Quo vadis Cuba?

**Cuba - kein anderes Land hat Diskussionen so sehr angeheizt und emotionalisiert wie der kleine Inselstaat in der Karibik. Für die einen ist Cuba eine brutale Diktatur, während andere es als sozialistisches Arbeiterparadies darstellen. Diese Frage möchte ich jedoch nicht in den Fokus rücken, sondern nach der Zukunft Cubas fragen. Die Medien sind sich einig, es wird eine post-fidelische Ära geben die sich deutlich von der Fidel-Zeit unterscheidet, aber wie?**

Raul Castro, 76 Jahre alter Nachfolgegreis des davon scheidenden „Maximo lider“ wird von vielen westlichen Medien als der nette pragmatische Onkel angesehen. „Raúl ist pragmatischer als sein Bruder und ein Anhänger von mehr Markt in der Planwirtschaft“ schreibt die Oberhessische Presse über die neue Nummer eins auf Cuba. Es scheint so als verbinden viele westliche Medien Hoffnung in ein Wandel auf Cuba mit der Person Raúl Castro. Wird es mit Raúl Castro einen Wandel zur westlichen Demokratie geben?

Die Antwort hierauf ist: „Jein“.



Worum geht's eigentlich?

Raúl Castro wird die Wirtschaft Cubas liberalisieren, dies praktiziert er in den Armee-gesteuerten Betrieben, welche ihm als Chef der Armee unterstehen, schon seit einigen Jahren. Es gibt also vielleicht wirklich Grund zum Jubeln für die westlichen Medien, würde eine Liberalisierung der cubanischen Wirtschaft doch Tür und Tor für ausländische Investitionen öffnen. Die ernsthafte Frage ist doch aber, ob eine Liberalisierung der cubanischen Wirtschaft einen Fortschritt darstellt.

Die US-amerikanische TV-Serie „South Park“ persiflierte den Inselstaat und die Interessen des Westens. Nachdem der Charakter Kyle Fidel überzeugt hatte zurückzutreten, damit Kyle zum Konzert der „Raging Pussys“ fahren darf, verkündete der Nachrichtensprecher voller Freude „Now the country is again open to american tourism“.

Dahinter steht die Aussage, dass die eigentlichen Interessen der USA und der EU in einer Liberalisierung der Wirtschaft und der Möglichkeit nach neuen Weidegründen für US- und EU-Firmen steht. Tatsächlich ist es bemerkenswert, welches Echo die bereits erfolgte Minimalliberalisierung der cubanischen Wirtschaft in Europa und der USA fand. Dass die cubanische Bevölkerung sich nun in die Hotels der staatlichen Tourismus-

behörde einquartieren dürfen und sich neue Autos kaufen können fand weitaus mehr Aufmerksamkeit als die ungefähr zeitgleiche



Tabakanbau auf Cuba

Ankündigung der burmesischen Militärjunta alle „Staatsgegner“ zu vernichten. Die Möglichkeit auf eine eventuelle Wirtschaftsreform auf dem karibischen Inselstaat scheint westliche Medien, USA und EU einen vorzeitigen Orgasmus beschert zu haben, welcher die wahren Intentionen gegenüber Cuba offenbart. Eine Einführung der Marktwirtschaft ist Primärziel und mögliche politische Reformen werden höchstens als Gratis Bonbon angesehen. Doch die Frage was mit dem für Lateinamerika außergewöhnlich guten Bildungs- und Gesundheitssystem im Rahmen einer Wirtschaftsreform passieren würde stellt sich niemand.

Was für Folgen hätte eine kapitalistische Wirtschaftsreform auf Cuba?

Cuba ist Mitglied der ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América, bzw. Bolivarianische Alternative für

die Völker unseres Amerika), dieses Wirtschaftsbündnis spielt für Cuba eine zentrale Rolle für die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Im Prinzip des Tauschhandels erhält Cuba venezolanisches Öl und sendet dafür cubanische Ärzte, welche die Gesundheitsversorgung in Venezuela unterstützen. Cuba kauft von Bolivien Sojabohnen und unterstützt das bolivische Programm zur Alphabetisierung und Gesundheitsversorgung. Gemeinsame Firmen des cubanischen und venezolanischen Staates produzieren auf Cuba Edelstahl und bauen Nickel auf Cuba ab. Dieses Prinzip des Tauschhandels ist also abhängig vom Bildungs- und Gesundheitssystem auf Cuba, sollte dieses durch eine kapitalistische Wirtschaftsreform gefährdet werden (zum Beispiel durch den Wegfall der hohen Subventionen), bedeutet dies das Cuba im Außenhandel fortan auf Devisen(hartes Geld)



angewiesen wäre. Der Zuckermarkt (Zucker ist das Hauptprodukt der cubanischen Wirtschaft) oder Tabakanbau ist jedoch



längst nicht profitabel genug und die Profite Edelstahl- und Nickelproduktion gehen zur Hälfte an Venezuela. Es ist ebenfalls fraglich, ob Cuba nach einer Wirtschaftsreform überhaupt in dem ALBA-Bündnis verbleiben könnte, oder es abhängig von US-amerikanischen und europäischen Subventionen würde. Dies wäre nicht nur fatal für die cubanische Wirtschaft, sondern würde auch eine Schwächung der Befreiungsbewegung der lateinamerikanischen Staaten bedeuten.

Was ist denn die Alternative?

Wäre es nicht wesentlich wünschenswerter eine politische Reform auf Cuba zu erleben, welche den BürgerInnen die eigentlich garantierten demokratischen Rechte auch erteilt. Eine Reform die versucht die unbestreitbaren Erfolge des Bildungs- und Gesundheitssystem in eine wirkliche Demokratie zu übertragen, welche ALLEN BürgerInnen die gleichen Chancen gibt? Glaubt denn irgendwer tatsächlich daran, dass die Liberalisierung der Wirtschaft auch eine politische Liberalisierung nach sich ziehen

wird? Es muss doch aus der Erfahrung mit China gelernt worden sein, wo der Westen eine wirtschaftliche Annäherung seitens Chinas gefördert hat und auf politische Zustände nicht so genau geachtet hat.

Demokratie für Kuba – ein ehrbares Ziel, solange damit nicht vor allem die Einführung der Marktwirtschaft gemeint ist, oder das bloße Kopieren der USA oder EU. Diese Demokratie wird es jedoch nicht geben, solange Raúl Castro die Geschicke auf Cuba leitet, wir werden auf eine dynamischere und progressivere Generation warten müssen, die ein völlig neues politisches und wirtschaftliches System auf Cuba etablieren, es gegen kapitalistische Spekulanten verteidigen und eine wirkliche Demokratie etablieren. Ist diese Vision realistisch fragen sich jetzt sicher einige, nun vielleicht nicht aber sie ist die letzte Hoffnung die einem bleibt bezüglich Cuba.

Thomas Stegemann

## Vom Oppositions- zum Regierungssozialismus

**Die Sozialisten regierten und regieren Spanien viele Jahre. Am Anfang der parlamentarischen Monarchie und in der Gegenwart. Ein Einblick in eine erfolgreiche sozialistische Partei der Gegenwart in Westeuropa.**

Transition werden die Jahre des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien genannt. Es ist die Zeit vom Tod Francos am 20. November 1975 bis zum Wahlsieg der Sozialisten am 28. Oktober 1982. In dieser Zeit dominierte mit der Union de Centro Democrático (UCD) ein Mitte-Partei das politische System. Nachdem das neue politische System jedoch etabliert war, erwies sich die Partei als regierungsunfähig, da sie in ihrem Inneren nicht konsensfähig war. Die Folge war der Sturz in die Bedeutungslosigkeit; ihr größter Konkurrent die Partido Socialista Obrero Español (PSOE, Sozialistische Arbeiterpartei) errang die absolute Mehrheit.

Dabei waren die Sozialisten einige Jahre zuvor noch vollkommen zerstritten gewesen. Die Sozialisten in Spanien (renovadores) vertraten nach Francos Tod andere Auffassungen als die Sozialisten im Exil (historicos). Der Einfluss anderer Parteien, insbesondere auch der SPD – hauptsächlich vertreten durch Willy Brandt, Helmut Schmidt und die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung – und der Sozialistischen Internationalen entschied den Konflikt zu Gunsten der jungen Generation, die sich in Spanien

befand und nun Felipe González zum Generalsekretär wählte.

Warum aber konnte die Partei nur wenige Jahre darauf einen solchen Wahlsieg feiern?

Neben der Schwäche des Gegners, der intern zerstritten war und durch den Rücktritt Adolfo Suárez' seine Leitfigur verloren hatte, gab es dafür noch andere



Felipe González

Gründe: Spitzenkandidat González war charismatisch und äußerst medienwirksam. Die Partei war deutlich links aufgestellt, hatte sich aber zuvor glaubhaft von marxistischen Parolen distanziert und damit den Wechsel vom Oppositions- zum Regierungssozialismus geschafft. Auch hatte man sich bereits bei dem Verfassungsentwurf 1978 konsensfähig gezeigt. Die Sozialisten hatten das Rechte auf Arbeit und Kriegsdienstverweigerung dort verankert, dafür aber die Marktwirtschaft und die

politisch-institutionelle Stellung der Streitkräfte akzeptiert. Dies tat die Partei auch nach Regierungsübernahme, als die Sozialisten harte und sozial unpopuläre Reformen zur Unterstützung der Wirtschaft durchsetzten. Außenpolitisch ist besonders die Führung Spaniens in die Europäische Gemeinschaft und die NATO zu erwähnen.

Die Sozialisten regierten bis 1996 mit González an der Spitze, allerdings seit Ende der 80er Jahre nur noch als tolerierte Minderheitsregierung. Am Ende zeigt sich jedoch, dass politische Wechsel, zumindest im Personal, diese Zeit noch hätten verlängern können. Unzufriedenheit und Misstrauen mehrten sich in der Bevölkerung. Bei der politischen Elite setzte sich ein zunehmender Klientelismus durch. 1996 gewann die rechtskonservative Volkspartei (Partido Popular, PP) die Wahlen und José Maria Aznar wurde Ministerpräsident und 2000 sogar durch eine absolute Mehrheit bestätigt. Der Grund hierfür waren besonders geringe Arbeitslosenzahlen und gute Wirtschaftsdaten. Sein Weg dorthin? Privatisierungen und Abschaffung von ArbeitnehmerInnenrechten. Dies geschah in einem solche Maße, dass man, als die Wirtschaft lahmte, kaum noch staatliche Mittel hatte, um dagegen vorzugehen. Aber auch in der Außenpolitik hatte die Regierung Aznar brutale Fehler gemacht: Beteiligung am Irak-Krieg, ein Beihnahe-Krieg mit Marokko und die Gegnerschaft zur EU-Verfassung kamen weder

in der eigenen Bevölkerung noch im europäischen Ausland gut an. Die Regierung hatte aber auch einen arroganten und harten Stil, verweigerte den Sozialisten viele Anträge und unterdrückte kaum noch die Herkunft aus franquistischen Nachfolgeorganisationen. So finanzierte man mit staatlichen Mitteln sehr großzügig die Franco-Stiftung dessen Tochter, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, das Gedenken an die „Er rungenschaften“ des Caudillo zu bewahren.

Es folgte dann noch eine manipulatorische Informationspolitik nach den Anschlägen in Madrid vom März 2004, den die Regierung der baskischen Terrororganisation ETA (Euskadi Ta Askatsuna – Baskenland und Freiheit) zuschob, während Ermittlungen sehr schnell auf einen islamistischen Hintergrund hinwiesen.

Die Parlamentswahlen gewannen die Sozialisten 2004 mit deutlichem Vorsprung bei einer für Spanien besonders hohen Wahlbeteiligung von 77%. Ministerpräsident der sozialistischen Minderheitsregierung wurde José Luis Rodríguez Zapatero, des-



José Luis Rodríguez Zapatero

sen Kabinett zum ersten Mal in Spanien zur Hälfte aus Frauen besteht. Überhaupt gilt Zapatero als überzeugter Feminist – eines

seiner Erfolgsgeheimnisse, denn gerade von Frauen wurde der junge Sozialist, der wegen seiner großen treuen Augen auch „Bambi“ genannt wird, im März 2008 wiedergewählt. Zapatero zog die Truppen im Irak ab und setzte sich für eine Legalisierung der Homosexuellen-Ehe ein. Außerdem schuf seine Regierung den obligatorischen Religionsunterricht ab. Er begann

aber auch Verhandlungen mit der baskischen terroristischen Befreiungsorganisation ETA, stärkte autonome Gemeinschaften und legalisierte mehrfach den Aufenthaltsstatus illegaler Einwanderer. Politische Schritte, die die katholische Kirche stark politisierte, so dass diese von der Wahl der PSOE 2008 abrieten und damit den rechts-konservativen Gegner unterstützten. Für viele sind die

spanischen Sozialisten Prototyp einer modernen sozialistischen Partei. Dennoch sind Parallelen zu unserer deutschen SPD kaum zu verkennen.

Anders als in Deutschland versuchen die großen Parteien jedoch weniger die „Mitte“ für sich zu gewinnen, sondern stehen zu ihren rechten oder linken Positionen.



Carme Chacón, erste weibliche Verteidigungsministerin

Dies macht sie vorerst leichter unterscheidbarer und wohl auch insgesamt interessanter für die spanische Bevölkerung. Allerdings wirbt gerade der konservative Mariano Ra-

joy der rechten Volkspartei derzeit für einen stärkeren Schwenk in die Mitte. Sollte ihm dies gelingen stellt sich die Frage, ob die Sozialisten sich ähnlich verhalten werden.

Zu empfehlen wäre es ihnen gegenwärtig sicherlich nicht, denn zum einen liegt der letzte deutliche Wahlsieg erst wenige Monate zurück und zum anderen (und das ist noch wichtiger) verzeichnet ihre Regierungspolitik Erfolg in nahezu allen Bereichen. Wenn in diesen Tagen die Wirtschaft Spaniens zu schwächeln beginnt, wird die PSOE mit Zapatero an der Spitze zudem beweisen können, dass sie auch eine gute Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten machen kann, nämlich eine linke Politik.

Götz Borchert

## „Ich bin ja nicht antisemitisch, aber...“

**Antisemitismus? Ist das überhaupt noch ein Thema heutzutage? Möllemann, Walser, Hohmann, das sind doch alles Ausnahmen, oder? Wer Antisemitismus thematisiert, steht häufig als weltfremd da. Dass aber antisemitische Positionen auch in der politischen Linken immer noch vertreten werden, muss zu denken geben.**

„Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um zu erreichen, was sie wollen.“ - Diese Aussage ist klar antisemitisch. Und 21% aller Deutschen stimmen ihr ganz oder überwiegend zu; das sind gut 1/5 der BundesbürgerInnen.<sup>1</sup> Grob gesagt sind starke und weniger starke Ausprägungen von Antisemitismus bei ca. zwei Dritteln der Bevölkerung abrufbar, meistens in Verbindung mit rassistischen, nationalistischen oder homophoben<sup>2</sup> Einstellungen. Antisemitismus an sich ist aber nichts Neues. Schon im Mittelalter war das Bild vom „raffenden, gierigen Juden“ weit verbreitet. Ursache hierfür war, dass Jüdinnen und Juden auf Grund von religiösen Vorurteilen von allen „normalen“ handwerklichen Berufen ausgeschlossen waren und deshalb überwiegend als Trödelhändler oder durch das Verleihen von Geld und die daraus resultierenden Zinsen überleben konnten. Zudem wurden sie häufig gezwungen in Ghettos zusammengepfercht zu leben. Während der Kreuzzüge wurde Antisemitismus dann erstmals zur Massenbewegung.

1. Bundeszentrale für politische Bildung: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Bonn. Ausgabe 42/2005, S.15.

2. Homophobie: Krankhafte Angst vor Homosexualität.

Jüdinnen und Juden wurden von den „Daheimgebliebenen“ ermordet, ihre Häuser wurden geplündert.

Dieser vorwiegend religiös begründete Antisemitismus veränderte sich im Zuge der Aufklärung. Mit dem neu geschaffenen Begriff der „Rasse“ wurde er auf eine vermeintlich wissenschaftliche Grundlage gestellt. Die entscheidende Veränderung war, dass „der Semit“ nun genetisch definiert wurde und sich nicht mehr durch den Übertritt zum Christentum „rehabilitieren“ konnte. Ein entscheidender Begründer dieses pseudowissenschaftlichen Antisemitismus war beispielsweise der bekannte Komponist Richard Wagner (1813-83). Was die Nazis später aus diesem Gedankengut machten, ist bekannt.

Mensch könnte meinen, die gesamtdeutsche Verantwortung für die Shoa<sup>3</sup> habe an diesen Einstellungen grundlegend etwas verändert. Dennoch sind antisemitische Denkmuster gepaart mit deutschen Opfermythen aktueller denn je. Der Vergleich zwischen israelischer Gewalt gegen PalästinenserInnen und dem Hitlerfaschismus liegt beispielsweise voll im Trend. Derartige Äußerungen beweisen, dass sich entsprechende Personen offensichtlich des Ausmaßes der Massenvernichtung während des zweiten Weltkriegs nicht bewusst sind (oder sein wollen) und sich der Konsequenzen der deutschen Geschichte lieber heute als morgen entledigen wollen. Derarti-

3. Shoa: hebräisch für „die große Katastrophe“. Bezeichnet den europäischen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden. „Holocaust“ (griech.: Brandopfer) ist gebräuchlicher, wird von Jüdinnen und Juden allerdings als problematisch angesehen, weil der im religiösen Sinne positiv besetzt ist.

ge Schlusstrichdebatten sind immer wieder in Leserbriefen oder an Stammtischen zu hören.

Weitere jederzeit abrufbare antisemitische Vorstellungen sind Bilder vom perversen Juden (siehe die Debatte über Michel Friedmans<sup>4</sup> Besuch bei Prostituierten), vom abschreibenden Juden<sup>5</sup>, vom Juden, der seine Opferrolle ausnutze und den Juden, die durch ihr absonderliches Verhalten eigentlich selbst für den Antisemitismus verantwortlich seien. Wahlweise wird diese Verantwortung auch einzelnen Juden wie Charlotte Knobloch<sup>6</sup> oder Ariel Sharon zugeschoben.

Die Grundlage für Antisemitismus ist die Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden als ein Kollektiv, dem auf Grund seiner Religion oder ‚Rasse‘ bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Wann immer Menschen jüdischer Religion handeln - aus der antisemitischen Perspektive tun sie es als Juden. Hat je ein Medium über den „koxsenden Christen“ Christoph Daum berichtet? Das gleiche gilt für Handlungen des Staates Israel. Nur rationale Kritik an israelischer Politik oder israelischen PolitikerInnen, die sich auf Fakten stützt, kann nicht antisemitisch sein.

Wohl aber Thesen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

4. Michel Friedman: Politiker (CDU) und Rechtsanwalt. Stellv. Vorsitzender des Zentralrates der Juden 2000-2003, musste 2003 auf Grund einer Affäre um Kokainkonsum zurücktreten.

5. Richard Wagner schreibt, Juden könnten keine eigenen kulturellen Leistungen vollbringen. Die aktuelle Version ist nachzulesen in Martin Walsers Buch „Tod eines Kritikers“. Frankfurt a.M. 2002.

6. Charlotte Knobloch: Vorsitzende des Zentralrates der Juden.

Gerade in Teilen der politischen Linken sind immer wieder Beschwörungen einer unreflektierten „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ zu hören, aus der heraus auch Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung gerechtfertigt sind. Ein zweites ‚linkes‘ antisemitisches Motiv ist die verkürzte Kapitalismuskritik. Als Anfang 2005 Franz Müntefering Finanzinvestoren mit Heuschrecken verglich, präsentierte die IG-Metall in ihrer Mitgliederzeitschrift hierzu das Bild

von hässlichen Insekten mit langen Nasen.<sup>1</sup> Dieser Kapitalistenschelte liegt die nationalsozialistische Theorie der Trennung von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital zugrunde. Hierbei ist das „raffende“ Kapital jenes jüdischer Geldverleiher, welches heute projiziert wird auf das ‚jüdisch-amerikanische Finanzka-

7. So sprach z.B. der außenpolitische Sprecher der Fraktion der Linken im Bundestag, Norman Paech, verharmlosend von „Neujahrsraketen“ der Hamas, die nur eine Logik der „israelischen Eskalation“ seien.

pital‘ - da muss es zwangsläufig in den Ohren klingeln...

Antisemitismus ist in allen gesellschaftlichen Schichten, unabhängig von Bildungsgrad, Alter oder Wohnort anzutreffen. Im Kampf gegen antisemitische Einstellungen müssen wir die Forderung nach Rationalität stellen. Menschenverachtendes Gedankengut, gegen wen es sich auch richtet, darf keinen Platz in unserer Gesellschaft und schon gar nicht in der politischen Linken haben.

Elena Pieper

## Das Palästinensertuch: Fragwürdiger Modetrend

**Man sieht es im Moment überall, das Pali oder die Kafiya. Ob in der Schule, beim Einkauf oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In schwarz-weiß, in rot, in lila, in grün, mit Totenköpfen, schier unendlich scheinen die Kombinationen und schier endlos auch die Zahl von Jugendlichen die dem erneuten Trend des „radical chic“ nicht widerstehen können. Doch sollte mensch nicht wissen was dieses Tuch symbolisiert?**

Um zu einem soliden Wissen über das Palituch zu gelangen, müssen wir in der Geschichte ein wenig zurück gehen. Zuerst nur von der Landbevölkerung in der irakischen Region Kufa als Sonnenschutz getragen, bekam das Pali erstmals in den 1930er Jahren politische Bedeutung. Der Großmufti von Jerusalem Al Amein-Hussein, ein fanatischer Antisemit und Freund Hitlers, führte die Kafiya als Erkennungssymbol für seine neu gegründete muslimische SS-Einheit ein, die gegen die jüdische Besiedlung Palästinas kämpfte. So wurde das Tuch zum Symbol des profaschistischen und antijüdischen Aufstandes.

Mit der Studentenbewegung 1968 kam die Zeit, in der das Pali auch international bekannt und getragen wurde. Die Welle, von den palästin-



sischen Studenten und ihrem Führer Jassir Arafat ausgehend, schwappte auch nach Deutschland, wo es sich Teile der damaligen linke Szene um den Hals schlang. So wollten sie ihre Solidarität mit dem staatenlosen palästinensischen Volk kundtun, aber vor allem ein Zeichen gegen den Staat Israel und die amerikanische Außenpolitik setzen. Schnell galt es als Erkennungszeichen von „Linken“ oder solchen, die gerne welche gewesen wären.

Wer heute aufgrund der Solidarität mit den PalästinenserInnen ein Kafiya trägt, wie es in Deutschland in den 1970ern und auch 1980ern der Fall war, solidarisiert sich mit allen, die Israel bekämpfen. Zwar wird das Pali sowohl von Terroristen, die die Existenz des Staates Israels zerstören möchten, als auch von Anhängern der Fatah, die eine Zwei-staatenlösung für den richtigen Weg ansehen, getragen, allerdings ist es durch seine Geschichte zu einem hochbeladenen politischen Symbol geworden. Und noch was: Seit den 90er Jahren wird das Pali auch von Nazis getragen, als Symbol gegen Israel und Juden insgesamt. Sie berufen sich dabei auf den oben genannten Ursprung des Palis.

Eins steht fest: Das Pali ist sicher kein einfaches Modeaccessoire sondern ein politisches Kleidungsstück wo mensch nicht sagen kann: „Der Hintergrund ist mir egal, es ist hübsch, das reicht.“ Also kauft euch für den nächsten Winter lieber einen normalen Schal und macht euch die politische Botschaft bewusst, die das Tragen des Palis aussendet.

Matthias Lauer

## Che's Victory

### Lateinamerika auf dem Weg zum Sozialismus?

**Chile, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Venezuela, Bolivien, Peru, Ecuador, Nicaragua und Paraguay – das ist nicht der Versuch alle Länder aus Lateinamerika aufzuzählen, sondern es sind die Länder, in denen innerhalb der letzten zehn Jahre linksgerichtete sozialistische oder sozialdemokratische Regierungen gewählt wurden und immer noch regieren. Das Phänomen, welches viele Politikwissenschaftler als die pinke Welle Lateinamerika bezeichnen, im Zuge dessen Uncle Sams Hinterhof sich von Monroe-Doktrin und Konservatismus verabschiedet hat ist eventuell eine Vorschau auf kommende Jahre in Europa.**

#### Lateinamerika:

Die letzten dreißig Jahre litt die Region wie kein anderer unter der Geißel des Marktradikalismus. Obwohl die soziale Ausgleichsfunktion des Staates nicht sonderlich groß war wurde auch diese auf Anweisung vom IWF, Weltbank und der USA zunehmend ausgehöhlt und das Gefälle zwischen arm und reich stieg von einem sowie so schon bedrohlich hohen Maße auf exorbitante Weise an. Die alten Parteien Lateinamerikas störten sich oft nicht an dieser Situation und wählten sich in Sicherheit als dominierende Kräfte ihrer Länder, ein fataler Irrtum.

#### Chile:

Ein Sonderfall im Rahmen der pinke Welle bildet dabei wohl Chile, schließlich litt es bis in die 90er Jahre unter der brutalen Diktatur von Augusto Pinochet. Nach dem Ende der Diktatur bildete sich eine Regierung aus ehemals Oppositionellen Kräften bestehend aus der Sozialistischen Partei, Sozialdemokratischen Partei und der Christdemokratischen Partei als Hauptakteure (weitere kleinere Parteien sind ebenfalls in dem

Bündnis vertreten). Dieses Bündnis steht dem Lager der Pinochet-Anhänger gegenüber, welche die Diktatur glorifizieren und gerne wieder an der Regierung wären. Die Sozialistische Partei hat sich in den letzten Jahren zur treibenden Kraft dieses Bündnis entwickelt und besetzt nun schon zum zweiten Mal in Folge das Präsidentenamt (Ricardo Lagos/Michelle Bachelet).



#### Brasilien:

Luis Inácio Lula da Silva, der unter der Militärdiktatur Massenstreiks organisiert hatte ist seit 2003 Präsident von Brasilien. Die PT (Arbeiterpartei) ist momentan die dominierende Kraft in der brasilianischen Parteienlandschaft. Das besondere hierbei ist, dass die PT eigentlich eine Anti-Parteien-Partei ist. Ähnlich wie die Grünen oder die Linkspartei bildete sie sich aus Protest gegen die existierenden brasilianischen Parteien. Die Sozialistische Internationale (SI) und die sozialistische Jugendinternationale (IUSY) werben seit langem um die PT als Verbündete.



#### Uruguay:

170 Jahre lang stritten sich die Colorado-Partei und die Blanco-Partei um die politische Macht in Uruguay. Im Jahre 2004 durchbrach die Frente Amplio mit ihrem Spitzenkandidaten Tabaré Vázquez dieses System. Fast sein gesamtes Kabinett besteht aus ehemaligen politischen Häftlingen. Er vertritt ein deutlich sozialistischen Kurs, gespickt mit populistischen Elementen. Die Bekämpfung der Armut und die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Cuba sind die wichtigsten Ziele der Frente Amplio.

Vázquez ist neben seinem Präsidentenamt immer noch praktizierender Arzt

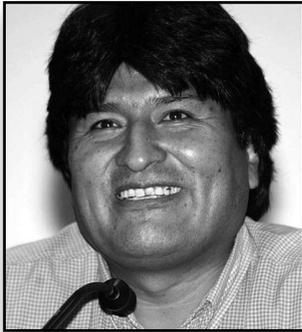
#### Paraguay:

Lange galt Paraguay, neben Kolumbien, als letzte Lateinamerikanische Bastion des Konservatismus. Die regierende Colorado-Partei galt als unbesiegbar und war ebenfalls größter und wichtigster Arbeitgeber in Paraguay. Erst der katholische Befreiungstheologe Lugo konnte im Jahr 2008 diese jahrzehntelange Herrschaft brechen und mit seinem Linksbündnis die Präsidentschaftswahlen gewinnen.

#### Bolivien:

Der erste indigene Präsident Südamerikas wurde 2005 in Bolivien gewählt. Evo Morales, ein ehemaliger Koka-Farmer, gewann die Präsidentschaftswahlen mit dem Versprechen die Bevölkerung stärker an der florierenden Erdgasproduktion teilhaben zu lassen. Dieses führte bereits zu starken Spannungen mit dem Nachbarland Brasilien, dessen Erdgasunternehmen in Bolivien tätig sind. Inzwischen sind diese Spannungen jedoch abgeklungen und die Verträge der brasilianischen Erdgasunternehmen mit Bolivien neu verhandelt. Der Stachel berichtete bereits

mehrfach über die Situation in dem Andenstaat, mit indigener Bevölkerungsmehrheit (Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung sind Ureinwohner)



**Peru:**

Alan Garcia galt schon als ausgemustert in der politischen Landschaft Perus. Doch in der Stichwahl zum Präsidenten von Peru konnte sich der Sozialdemokrat, der schonmal Präsident von Peru war, gegen den linksnationalisten Humala durchsetzen. Peru ist eng an die USA gebunden und der Gestaltungsspielraum von Garcia gilt als äußerst gering.

**Ecuador:**

Das kleine Andenland, in welchem der US-Dollar offizielles Zahlungsmittel ist, stand in der letzten Präsidentschaftswahl vor der Wahl zwischen einem Multimillionär oder dem Sozialisten Rafael Correa. Rafael Correa wurde Präsident und versucht seitdem einen neuen politischen Weg der Integration zu etablieren, weswegen sich alles auf die in der Entstehung befindliche neue ecuadorianische Verfassung konzentriert. Ein Projekt, welches das Land zu zerreißen droht, und die politische Landschaft völlig umgräbt.

**Argentinien:**

Argentinien wird von vielen auch als Einparteien-Staat bezeichnet, da die peronistische Partei seit Jahren das Land regiert. Nun ist sie nicht gerade die sozialdemokratischste oder gar sozialistische Partei der Welt, jedoch haben dort mit Nestor und nun Christina Kirchner der linke Flügel die Macht übernommen.

**Venezuela:**

1998 markiert den Zusammenbruch des traditionellen venezolanischen Machtsystems, als bei den Präsidentschaftswahlen der ehemalige gescheiterte Putschist Hugo Chavez Frias mit 58% die Präsidentschaftswahl deutlich gewann. Die traditionellen großen Parteien COPEI und die sozialdemokratischen AD waren geschockt und nach dem Sieg der Bewegung zur fünften Republik (Chavez Partei) bei den Parlamentswahlen war die politische Landschaft Venezuelas komplett umgekrempelt. Ein gescheiterte Putsch der Anti-Chavisten und ein harter Kurs von Chavez gegenüber der Opposition markiert seitdem den inner-venezolanischen Konflikt und das politische System. Aufgrund des steigenden Ölpreis und den daraus resultierenden sprudelnden Öl-Einnahmen des Öl-Staates Venezuela kann Chavez Lebensmittel für die Armen subventionieren, das Bildungs- und Gesundheitssystem verbessern und den restlichen linken Regierungen mit Geldgeschenken und billigem Öl helfen.



Nestor Kirchner und Hugo Chavez

**Nicaragua:**

Die Sandinistas (FSLN) sind zurück und mit ihnen Ortega, der legendäre Sandinisten-Führer von früher. Als treuer Verbündeter von Hugo Chavez Frias und den Sandinisten als Mitglied der Sozialistischen Internationale ist aus der ehemaligen Rebellenbewegung seit der letzten Präsidentschaftswahl im November 2006 die momentane Regierungspartei

hervorgegangen. Das wichtigste Anliegen der Sandinistas ist die Reform des Bildungswesens, welches mit Einführung der Schulpflicht und des Rechts auf kostenlose Bildung schon kurz nach Amtsantritt grundlegend reformiert wurde.

**El Salvador:**

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), benannt nach dem früheren Revolutionär Farabundo Martí, befindet sich mitten im Präsidentschaftswahlkampf in El Salvador. Der ehemaligen Rebellenbewegung werden gute Chancen ausgerechnet zukünftig die Politik des kleinen zentralamerikanischen Staates zu gestalten. Die FMLN wird hierbei von den anderen linken Regierungen Amerikas ideologisch und finanziell (verbilligtes Öl aus Venezuela) geholfen, während die rechte Arena-Partei finanzielle Hilfe aus den Vereinigten Staaten bekommt.

**Die Zukunftsperspektive**

Was ändert sich für die lateinamerikanische Welt, aufgrund der pinken Welle? Deutlich zu beobachten ist, dass die lateinamerikanischen Staaten enger zusammenrücken und versuchen sich vom großen Bruder, den USA, zu emanzipieren. Austritt aus Weltbank, IWF und die Gründung eigener lateinamerikanischer Hilfgemeinschaften rücken in den Fokus. Der Versuch sich gegenseitig zu Helfen rückt in den Vordergrund, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration ist so stark wie nie zuvor. Lateinamerika marschiert momentan auf ein vereintes Lateinamerika zu. Die Befürchtung vieler das es zu einer Gegenbewegung kommen wird, ein Wiedererstarken des Konservatismus, ist momentan unwahrscheinlich, da die meisten Linksregierungen im schlimmsten Fall von den sozialdemokratischen Parteien (Venezuela, Brasilien) abgelöst werden.

Thomas Stegemann

## Flüchtlingspolitik ist Ausgrenzungspolitik oder Keine Integration von Flüchtlingen?

**Das Thema Flucht ist ein weltweites Phänomen. Schon heute leben laut UNHCR über 10 Mio. Kriegsflüchtlinge im Exil und 25 Mio. Binnenvertriebene fern ihrer Heimat. Außerdem werden ca. 190 Mio. Menschen, die anderen Orts eine Überlebenschance suchen, von Statistikern und interessierter Politik als „ArbeitsmigrantInnen“ oder „WanderarbeiterInnen“ gezählt. Durch die Auswirkungen von Klimaveränderungen wird die Zahl der „Umweltflüchtlinge“ in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich zunehmen.**

Anstatt seine Möglichkeiten der Aufnahme solcher Flüchtlinge weiter zu entwickeln, reagiert Europa – bei engagierter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland – auf diese Entwicklung fast ausnahmslos durch filigrane Abschottungsmaßnahmen. Seit 1988 sind nachweislich 11.976 Personen entlang der europäischen Grenzen gestorben, meldet Fortress Europe. Für 8.284 endete der Meerweg nach Spanien als Wasserleiche, 4.232 sind unauffindbar im Meer verschollen und 1.587 auf dem Fluchtweg durch die Sahara umgekommen. Diejenigen, die es dennoch durch den Zaun schaffen, werden von Politik und Medien regelmäßig als „illegale Einwanderer“ abgeurteilt. Kein Wunder also, dass trotz weltweit eskalierender Fluchtgründe die Zahl der Asylanträge hierzulande stark rückläufig ist.

Mit 19.164 Erstanträgen ist die niedrigste Zahl seit 1977 zu verzeichnen. Doch selbst diese Zahl entspricht nicht der der zur Antragstellung nach Deutschland eingereisten Personen. Denn 3.174 Asylanträge, also etwa jeder sechste Antrag, wurden im Jahr 2007 von Amts wegen für ein neugeborenes Kind gestellt, dessen Eltern in Deutschland als Asylsuchende leben.

Was die Zahlen verschweigen: Nicht Wenige bleiben aus Angst vor erfolglosem Asylverfahren



Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., schrieb für den STACHEL diesen Gastbeitrag

heimlich in der sog. Illegalität.

Allesamt aber auch Zahlen, die die Behauptung von der durch Flüchtlinge überlasteten Aufnahmefähigkeit der Republik Lügen strafen. Der Migrationsbericht der Bundesregierung beklagt mit besorgtem Blick auf die demographische Entwicklung sogar ausdrücklich einen zurückge-

henden Einwanderungssaldo. 2006 wanderten 558.000 Personen ein. 484.000 verließen Deutschland.

Und dennoch: Flüchtlinge gehören offensichtlich weiterhin nicht zu denen, die als dauerhaft Einwandernde verstanden und willkommen geheißen werden. Sie sind keine integrationspolitische Zielgruppe. Mehr noch: Ihre Integration ist nicht nur unerwünscht, sondern soll verhindert werden. Denn Flüchtlinge sind, wie es der ehemalige Innenminister Schleswig-Holsteins Dr. Ralf Stegner stellvertretend für seine Kollegen aus Bund und Ländern im Frühjahr 2006 feststellte, keine Menschen, „die dauerhaft zu uns kommen“. (Dr. Ralf Stegner, Neumünster, 19.4.2006). Für Flüchtlinge im Asylverfahren sind vom Gesetzgeber ausdrücklich keine Integrationsmaßnahmen vorgesehen. Dies hat sich auch mit der aktuellen Zuwanderungs- und Integrationsdiskussion nicht geändert und kann im Nationalen Integrationsplan (NIP), im Bundesintegrationsprogramm (IP) oder in den Integrationsprogrammen der Bundesländer nachvollzogen werden.

Für Schleswig-Holstein besteht indes Hoffnung, dass mit dem neuen Innenminister Lothar Hay Anfang dieses Jahres vielleicht auch ein Paradigmenwechsel hin zu einer künftig zumindest die landespolitischen Möglichkeiten offensiver nutzenden Integrationsförderung für Flüchtlinge ins Kieler Ministerium eingezogen ist.

Denn auch in den Zeiten des ungesicherten aber dennoch jahrelangen Aufenthalts im Zustand administrativer Integrationsverweigerung findet Verwurzelung statt. Es werden trotz allem Kontakte geknüpft, Kinder geboren oder sie wachsen hier auf und kennen ihre sogenannte „Heimat“ allenfalls von Fotos und aus Anekdoten ihrer Eltern.

Die Jahre des Asylverfahrens oder der Duldung sind wertvolle Zeit, die angesichts zahlreicher ausgrenzender Gesetze und Verordnungen für die gesellschaftliche Integration und die persönliche Weiterentwicklung der betroffenen Flüchtlinge ungenutzt bleibt.

Während allenthalben über die Schaffung von Strukturen zur nachhaltigen Umsetzung des NIP nachgedacht wird, behindern weiterhin zahlreiche Produkte legislativer Fantasie und administrativen Engagements die Bewegungsfreiheit von bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen jeden Alters, unterlaufen ihren nachhaltigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugang, speisen mit Sachleistungen ab oder verteilen Chancen auf Bleibe-



recht aus Sicht der Betroffenen unberechenbar zufällig.

Gleichzeitig geht die Zahl der Einbürgerungen zurück.

Sprachtests und von den betroffenen als Gesinnungstests verstandene Überprüfungen ihrer Einbürgerungsmotivation signalisieren Misstrauen und schrecken ab.

Darüber hinaus werden zur Zeit zunehmend Einbürgerungsanträge von Flüchtlingen abgelehnt, die sich im Herkunftsland, und ggf noch im Exil, bezogen auf ihr Herkunftsland politisch betätigt haben – was ja der Grund für ihre Asylberechtigung war.

Die Anerkennung als politischer Flüchtling kehrt sich nun unerwartet gegen sie.

Für die Betroffenen ist das häufig ein Schock und er wirft sie zurück in die Rolle des ungebetenen Gastes, der eigentlich nicht erwünscht ist, von dem aber dennoch Integrationsleistungen erwartet werden.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt die in der Öffentlichkeit, in den Medien und auch bei Legislative und Teilen der Exekutive zunehmende Erkenntnis, dass Deutschland etwas für die Teilhabe an und das Zusammenleben in der deutschen Gesellschaft tun muss. Langsam – wie im Nationalen Integrationsplan oder im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz dokumentiert – setzt sich die Erkenntnis durch, dass Integration und Teilhabe nicht nur auf den Bereich Sprache und Bildung einzuengen sind. Eine diskriminierungsfreie soziale und rechtliche Chancengleichheit gehören untrennbar dazu.

Ein tatsächlicher Paradigmenwechsel muss darauf aufbauen und sich auf alle hier lebenden Menschen beziehen - unabhängig davon, wie lange ihr Aufenthalt hier voraussichtlich dauert. Flüchtlinge dürfen davon nicht ausgeschlossen sein.

Martin Link  
Flüchtlingsrat SH e.V.



## Gute Arbeit ≠ Gerechter Lohn

**Erbarmungslose KapitalistInnen herrschten und herrschen über das Leben und Wohl der ArbeiterInnen. Ausbeuterei, unmenschliche Arbeitsbedingungen und ein zum Großteil zermürbtes Volk waren und sind zum Teil heute noch gewohnte Praxis im täglichen Leben.**

Ein Kampf um die Existenz für den Wohlstand einiger weniger. Nun gut, das war, wie gesagt, einst. Seitdem gab es einige Erregenschaften, wie Schutzgesetze für die Arbeitenden, Sozialversicherungen etc., die diese widrigen Umstände in wesentlichen Teilen besserten. Doch wie entwickelt sich unser Wohlstand heute?

Unsere Gesellschaft spaltet sich, die Wohlstandsschere klafft zunehmend auseinander. Die Gleichheit der Menschen in unserem Land, ist nicht gegeben und schwindet sogar weiter. Die Gründe sind verschiedenen Ursprungs. Sicher jedoch ist, dass das Machtstreben einiger, sowie deren Habgier, einen entscheidenden Beitrag dazu leisten. Die ArbeitgeberInnen halten noch immer die Fäden in der Hand. Sie bestimmen, wer wie viel wann für was verdient. Um den Grundsätzen der Demokratie gerecht zu werden, gibt es Mitbestimmungsrechte und Tarifverhandlungen mit eventuell einhergehendem Arbeitskämpfen. Damit werden von Zeit zu Zeit Lohnerhöhungen errungen. Zieht man jedoch die steigenden Lebenserhaltungskosten und die Inflationsrate hinzu, wird deutlich, dass der reale Verdienst gesunken ist. Zusätzlich wird immer wieder versucht, von Seiten

der ArbeitgeberInnen und einiger PolitikerInnen, eine Lockerung der Gesetze zu erlangen. So soll ein weniger starker Kündigungsschutz, den Betrieben ein flexibleres Einstellen ermöglichen. Gleichzeitig ist das eine Freikarte zum einfachen entlassen unliebsamer Arbeitskräfte. Mit dem

Der-freie-Markt-reguliert-sich-schon-selbst-und-erschafft-automatisch-das-Beste-für-alle-Argument und der Behauptung, zuviel Sozialstaat würde die Wettbewerbsfähigkeit zu nichte machen, rechtfertigen sie ihre Forderungen. Dass diese nur Vorwände sind, um noch mehr Geld zu schöpfen, lässt sich leicht zeigen. Man müsse als ArbeiterIn in dieser schlechten Zeit eben ein wenig zurückstecken, hört man oft. Und so schlecht sind die Zeiten gar nicht mehr. Wir haben einen Wirtschaftsaufschwung, nur leider kommen die Falschen in seinen Genuss. Ein Gewinn wird, so denn ein nennenswerter erwirtschaftet wird, im seltensten Fall bedingungslos für neue Arbeitsplätze oder Lohnerhöhungen eingesetzt. Naheliegender sind da schon Investitionen, die zur Rationalisierung im Betrieb führen. Auch der Wettbewerbsdruck im Ausland kann nicht immer als Grund aufgeführt werden. Denn selbst florierende Unternehmen verlagern ihre Produktionsstätten ins Ausland, sobald es dort lohnender zu sein scheint. Folgen dieser Macht über die/den Arbeitnehmer/in sind Arbeitslosigkeit oder das Akzeptieren schlechter Konditionen. Beides belastet den Staat und führt zu Armut. Schlechte Löhne müssen durch Nebenjobs oder staatliche Hilfe-

leistungen ausgeglichen werden. Das reibt sowohl körperlich, als auch geistig auf und ein familien-gerechtes Leben ist etwas ganz anderes. Des weiteren ist das soziale Umfeld in unserem Land maßgeblich am schulischen und beruflichen Erfolg beteiligt. Das heißt, dass diese Armut nicht nur eine Generation betrifft, sondern oft der Beginn einer Spirale ist, die viele Generationen mit sich reißt.

Und wer es doch geschafft hat, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden, erhält einen geringen Lohn für die oft sehr gute Arbeit, die er leistet. Deshalb muss es auch hier einen angemessenen Lohn geben, um dem/der Azubi ein eigenständiges, gutes Leben zu ermöglichen. Außerdem müssen die Betriebe dazu angehalten werden, mehr auszubilden, denn es muss Perspektiven für alle Jugendlichen geben. Und die ökonomischen Vorteile kommen auch hierbei nicht zu kurz: Ein Fachkräftemangel zeichnet sich schon jetzt in Teilen Deutschlands ab, da ist es nur sinnvoll für Nachschub zu sorgen. Man sieht, es gibt noch viel zu tun, um allen Freiheit und Gleichheit zu gewähren.

Die Kampagne „Gute Arbeit“ der Jusos bietet viele Anregungen, wie auf diese Missstände aufmerksam gemacht werden kann. Auf der Website findet ihr von Hintergrundinformationen über Materialien bis zu Vorschlägen für Aktionen noch viel Interessantes. Auch ein Austausch zu schon gelaufenen Projekten kann dort erfolgen.

Also Genossinnen und Genossen, haut rein!

Charmaine Anandaraj

## Die ganz normale Euphorie oder

### „Es gibt keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Deutschland-Bahn“

**Während der Fußball-Europameisterschaft dieses Jahr verbreitete sich wieder im ganzen Land Party-Stimmung. Public-Viewing, kollektives Bier trinken und eben auch ein Meer aus schwarz-rot-goldenen Fahnen, Flip-Flops, Perücken. Wer nicht wollte, wurde als Miesmacher, Spaßbremse, Spielverderber bezeichnet. Aber darf mensch Fußball nur in schwarz-rot-gold feiern?**

„Endlich mal wieder Aufbruchsstimmung in Deutschland!“ oder „Jetzt ist Schluss mit dem Rumgejammer!“ - Diese Sätze waren schon während der Fußball-Weltmeisterschaft vor zwei Jahren häufig zu hören. Alle feiern vereinigt unter der schwarz-rot-goldenen Fahne. Zeitgleich dudelt aus



dem Fernseher „Weil aus deiner Flagge viele werden und aus deiner Stimme ein ganzer Chor. Du bist von allem ein Teil. Und alles ist ein Teil von dir.“<sup>1</sup>

Ist doch schön oder? Warum sollten wir Deutschen nicht auch stolz sein auf unser Land?

Ja, warum eigentlich nicht?

Die Kampagne „Du bist Deutschland“, ein ‚unverkrampter‘

<sup>1</sup> Passage aus der Kampagne „Du bist Deutschland“ der deutschen Medienunternehmen.

[www.du-bist-deutschland.de](http://www.du-bist-deutschland.de)

Umgang mit der schwarz-rot-goldenen Fahne (sprich ständige Präsenz immer und überall), das alles sind weitere Schritte auf dem Weg zu einem stärkeren Nationalbewusstsein oder anderes formuliert: mehr Nationalismus. Aber was genau ist und macht Nationalismus, was ist eigentlich Deutschland und warum bin gerade ich Deutschland?

Nationalismus beantwortet den Wunsch nach Identität mit der einfachen Maxime: Du bist dabei, du nicht.“ Er zielt also auf Identitätsstiftung durch Ausgrenzung aller, die nicht dazu gehören, ab. In diesem Fall alle Nicht-Deutschen. Ob es sich bei den Nicht-Deutschen um alle ohne deutschen Pass handelt oder um alle mit Migrationshintergrund bleibt offen. Fakt ist: Nationalismus nimmt eine Bewertung von Menschen nach ihrer Herkunft vor und fördert Wettbewerb, Abgrenzung und Konflikte zwischen Nationalstaaten.

Die Aussage „Schluss mit dem Rumgejammer, endlich wieder Aufbruchsstimmung!“ macht deutlich, das Nationalismus noch eine andere Funktion hat: Er soll von sozialen Problemen ablenken, von Brüchen innerhalb einer Gesellschaft. Frei nach dem Motto: Egal ob es dir schlecht geht, ob du vom sozialen Abstieg bedroht bist oder ALGII-EmpfängerIn, du bist immer noch deutsch und da

kannst du stolz drauf sein! An der Lebenswelt der Menschen, an ihren Problemen und Ängsten ändert sich durch diesen Nationalstolz allerdings gar nichts.

Und was eigentlich ist die deutsche Nation, was definiert sie und warum kann mensch stolz auf sie sein? Die Antwort auf diese Frage bleibt meist offen.

Und was hat das alles jetzt mit Fußball zu tun?

Eigentlich nichts. Sondern eher damit, was aus Fußball-Großereignissen in den Medien gemacht wird und wie kritisch wir damit umgehen. Aber mensch sollte über das ganze schwenken von schwarz-rot-goldenen Fahnen und tragen von schwarz-rot-goldenen Perücken nicht vergessen, dass wir in erster Linie doch alle Menschen sind, und nicht Deutschland.

Elena Pieper

## „Die Freiheit ist weit...“

**Der Spanische Bürgerkrieg von 1936-1939 ist ein einschneidender Punkt in der Geschichte. Bis heute wirkt er in der Gesellschaft nach.**

Als es am 18. Juli 1936 zum Militärputsch unter dem „Caudillo“ Francisco Franco kam, hatte die zweite spanische Republik, bestehend seit 1931, schon seit einigen Jahren mit Problemen und Unruhen zu kämpfen. Bereits 1934 hatte General Franco einen Arbeiteraufstand blutig niederschlagen.

Bei dem Putsch stützte sich Franco auf Fremdenlegion und weitere Militärs gegen die Volksfrontregierung. Man wollte die demokratisch gewählte Regierung beseitigen, soziale Reformen



rückgängig machen und jede revolutionäre Strömung brutal unterdrücken.

Bereits zu Beginn griff das nationalsozialistische Deutschland auf Seiten Francos ein, indem marokkanische Truppen per Luftbrücke von deutschen Flugzeugen nach Spanien transportiert wurden. Hätte Hitler nicht dermaßen schnell geholfen, wäre der Putsch vermutlich binnen weniger Tage gescheitert und Spaniens Geschichte wäre anders verlaufen, womöglich ohne blutigen Bürgerkrieg und jahrelange Diktatur.

Doch so feierten die Putschisten schnell militärische Erfolge, nahmen diverse Städte ein und richteten am 24. Juli eine parallele Regierung ein, die Franco am 1. Oktober 1936 zu ihrem Staatsoberhaupt machte sowie zum Generalissimus der aufständischen Truppen. Lange hielt sich das Bild in Spanien, der Militärputsch sei ein antikommunistischer Kreuzzug gewesen. Dies war es auch, was die Nationalsozialisten in Spanien unterstützten, nebenbei nutzten sie die Gelegenheit zum Testen von Kriegsmaschinen.

Unterstützung erhielt Franco in Form von Truppen aus Deutschland und Italien, das zu dem Zeitpunkt bereits unter Mussolini faschistisch geworden war. Der Krieg zeigt, dass die spanische Gesellschaft gespalten war, es herrschten krasse politische, wirtschaftliche und soziale Gegensätze.

Doch von wem wurde die Republik verteidigt, nachdem das Militär in großen Teil zu den Putschisten übergelaufen war? In der Anfangsphase waren dies Milizen



Francisco Franco

und organisierte Zivilisten, hauptsächlich aus anarchistischen und sozialistischen Gewerkschaften. Mit der Zeit baute die Republik eine reguläre Armee auf. Unterstützung gab es, da die westlichen Staaten das Prinzip der Nichteinmischung vertraten, nur von der UdSSR, die ab Oktober 1936 Waffen und Panzer lieferte. Auf Anregung französischer und belgischer Kommunisten entstanden schließlich die Internationalen Brigaden, deren Unterstützung für die Republik viel wert war.

Durch die Unterstützung der UdSSR durch Waffen an die spanischen Kommunisten hatten diese hier bald ein Monopol, weigerten sich aber Anarchisten und andere zu unterstützen.

Der Vormarsch der Aufständischen endete zunächst in Madrid, das lange entschlossen verteidigt wurde; Angriffe auf andere spanische Städte endeten jedoch erfolgreich. Am 26.

April 1937 vernichteten deutsche Bomber der Legion Condor die baskische Stadt Guernica; ein Schreckenszenario, das Picasso in einem seiner berühmtesten Werke abbildete. Es folgten dann nur noch wenige Rückschläge und schließlich erklärte Franco den Bürgerkrieg am 1. April 1939 für beendet. Über eine halbe Million Menschen waren bis dahin im Krieg gestorben. Francos Ziel war am Anfang seiner Herrschaft zunächst der Sieg über die Spanische Republik. Mit dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges 1939 etablierte Franco sukzessiv seine Machtbasis. Dabei ging er gegen seine politischen Gegner mit äußerster Härte vor. Franco, beziehungsweise die Führer der von ihm angeführten nationalen Bewegung, sind verantwortlich für umfangreiche politisch motivierte Verbrechen (u. a. Folter und Ermordung von politischen Gegnern), politische Säuberungen und die Errichtung von Konzentrationslagern. Das Regime, das Franco ab 1939 aufbaute, beruhte auf der engen Verbindung von traditionell konservativen Vorstellungen mit faschistischen Prinzipien. Letztere wurden unter anderem vom wichtigsten Flügel der franquistischen Staatspartei Movimiento Nacional, der Falange, verfochten. Demokratische und regionalistische Tendenzen (u. a. im Baskenland und Katalonien) wurden unterdrückt.

Die Folgen des Krieges forderten aber noch weitere Opfer: Als Dankeschön für die deutsche Unterstützung „schenkte“ Franco

Hitler die „Blaue Division“ für Einsätze an der Ostfront, zehntausende politische Gegner wurden vom Franco-Regime zum Tode verurteilt oder eingekerkert.

Was unmittelbar auf den Bürgerkrieg im Rest der Welt folgte ist bekannt und für dies steht ein auf spanisch, englisch und französisch verlesener verzweifelter Hilferuf, den der Cellist Casals während eines Konzerts in Barcelona im Oktober 1938 über das Radio an die demokratischen Staaten der Welt richtete und



Hitler und Franco

dessen Hellsicht durch den weiteren Gang der Geschichte aufs Furchtbarste bestätigt werden sollte:

„Machen Sie sich nicht des Verbrechens schuldig, dem Mord an der Spanischen Republik tatenlos zuzusehen. Wenn Sie es zulassen, dass Hitler in Spanien siegt, werden Sie die nächsten sein, die seinem Wahnsinn zum Opfer fallen werden. Der Krieg

wird ganz Europa, wird die ganze Welt erfassen. Kommen Sie unserem Volk zu Hilfe!“

Es bleibt festzustellen, dass Francos Sieg ohne deutsch-italienische Hilfe wohl kaum möglich gewesen wäre. Ebenfalls geholfen hatten ihm die Nichteinmischung der Republik-freundlichen Staaten und die Uneinigkeit der inner-spanischen Republik-Verteidiger. Das franquistische Spanien blieb jedoch nicht lange isoliert, als antikommunistischer Staat und nach wirtschaftlicher Öffnung nahmen die westlichen Staaten im Kalten Krieg, insbesondere die USA, sehr schnell wieder Beziehungen zu Spanien auf.

Bis heute ist die Erinnerungspolitik bezüglich des Bürgerkrieges ein Streitpunkt. Noch 2001 verhinderte die Volkspartei (Partido Popular, PP) unter Ministerpräsident Aznar die Verurteilung des Militäraufstandes Francos gegen die Republik. Die sozialistische Seite setzte eine Ehrung und Würdigung der Opfer des Bürgerkrieges durch und verlieh den Brigadisten die spanische Staatsbürgerschaft. Auch derzeit wird in Spanien über eine „Gesetz der Erinnerung“ zwischen den Parteien gestritten, dass von den Sozialisten Ende des Jahres 2007 verabschiedet wurde. Viele haben dabei auch Angst vor einer erneuten Spaltung des Landes.

Götz Borchert

## Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition

**Martin Oberpriller lässt in seinem Buch „Jungsozialisten“ die Geschichte der Jusos Revue passieren.**

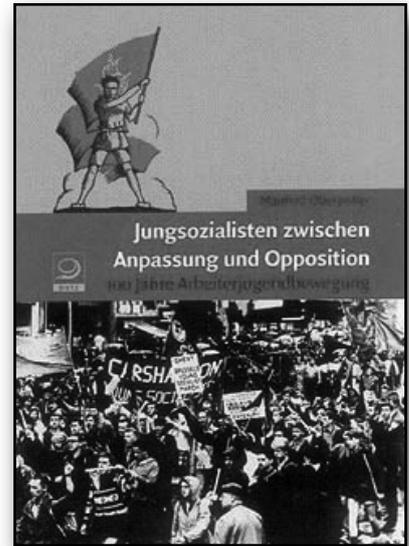
Die Anfänge der deutschen Arbeiterjugendbewegung datiert Autor Martin Oberpriller, selbst Journalist, auf das Jahr 1904. Hier beginnt seine Reise durch die Geschichte, in der er besonders untersucht, ob und wann die Jusos brave Parteijugend oder auch innerparteiliche Opposition waren.

Bereits vor dem ersten Weltkrieg war die Bewegung bemerkenswert stark geworden und erste lose Vereine hatten sich gebildet, was in der SPD damals nicht nur auf Gegenliebe stieß.

Die Jahre des Nationalsozialismus waren dann geprägt von Verfolgung und Widerstand. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Jusos 1946 als reine Schulungsorganisation wieder gegrün-

det. Erst mit dem Jahr 1968 kam dann die Linkswende und damit die wiederkehrende Eigenständigkeit der Jusos, sowie die Wiederentdeckung des Marxismus. Sie ist spannend und hoch interessant: die Geschichte der Jusos. Oberpriller zeichnet die beeindruckende Geschichte nach und lässt dabei auch die Unterdrückung von JungsozialistInnen in der DDR nicht aus. Er spart auch nicht mit Kritik, ist dabei teils vielleicht sogar zu kritisch, wenn er versucht die Handlungsunfähigkeit der Jusos in bestimmten Epochen nachzuweisen.

Einige wenige Abbildungen lassen dabei ein genaueres Bild der entsprechenden Zeiten entstehen. Auffällig ist auch: Gerade Schleswig-Holsteiner spielen in der Geschichte der Jusos immer wieder eine Rolle: Jochen Steffen, Norbert Gansel, Willi Piecyk sind nur einige Namen, die eine bedeutende Rolle spielen.



Das Buch ist eine Reise durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts mit all seinen Konflikten, die stets auch große Bedeutung für die JungsozialistInnen hatten.

Prädikat: Lesenwert und sehr wissenschaftlich!

Götz Borchert

## Die Reformlüge: Müller's Abrechnung mit dem Neoliberalismus



Albrecht Müller, Leiter der Planungsabteilung unter Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, rechnet in seinem Buch „Die Reformlüge“ mit dem Neoliberalismus der vergangenen Regierungsjahre schonungslos ab. Müller liefert hierbei nicht nur das übliche Protestgeschreie, sondern bewertet die Reformern aus volkswirtschaftlicher Sicht. Dabei ist es besonders als Nachschlagewerk geeignet, da es in einzelne Thesen der Reformpolitik gegliedert ist. Die Thesen werden nach und nach wiederlegt, oder ihre Schwachstellen verdeutlicht.

Das Buch ist vor allem deshalb zu empfehlen, da es nicht nur Hintergrundinformationen liefert, sondern auch geistigen Feuerschutz gegenüber Stammtischparolen und Scheinargumenten von BILD und anderen Medien liefert. Es ist der durchaus gelungene Versuch eine Gegenöffentlichkeit zu den Medienkampagnen und Stammtischparolen der großen Unternehmen aufzubauen. Albrecht Müller ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Thomas Stegemann

## Knallhart nachgefragt bei ...

**Name:** Yves-Christian Stübe

**Alter:** 30

**Wohnort:**

Heute hier, morgen dort...

**Du bist zurzeit? (Beruf):**

Callcenter-Agent, knallhart ausgebeutet im Niedriglohnsektor! Aber zum Glück nur noch bis August. Dann darf ich wieder einem geregelten Beruf nachgehen.

**Als Kind wolltest Du welchen Beruf ergreifen?**

Pilot!

**Jugendsünden?**

Betrunken ein Auto auf's Dach gelegt. Dabei hatte ich unglaubliches Glück, dass weder jemand durch mich verletzt wurde, noch mir selbst etwas passiert ist. Aber es war eine Lehre für mein Leben! Don't drink and drive! Ich rate es allen Anderen auch.

Mir fällt da noch so einiges ein, wenn ich nachdenke, aber das sprengt den Platz...

**Lieblingsbuch:** „Don Quijote“

**Lieblingfilm:** „The Big Lebowski“



Yves-Christian Stübe, Landesvorsitzender der Jusos SH

**Wenn Du ein Tier wärest, wärest Du ein... ?**

Nee Mädels und Jungs, ihr habt mich über Jahre nicht auf Landeskongressen damit bekommen, also hier auch nicht. Ich tanze Euch auch nicht meinen Namen. Vergesst es!

**Dein Vorbild:**

Ich schwanke zwischen „Colt Sievers“ und „MacGyver“.

**Mit wem würdest Du gerne einen Monat lang tauschen?**

Mit Gerhard Schröder, allerdings nicht jetzt, sondern 1998, da hätte man einiges drehen können!

**Was an Dir selbst gefällt Dir besonders gut, was sind Deine Stärken?**

Das ich mich selbst nicht wichtig nehme, das erleichtert vieles und erlaubt ungeheuren Spaß!

**Was an Dir gefällt Dir selbst nicht, was sind deine Schwächen?**

Defizite oder Fehler versuche ich darüber wett zu machen, dass ich mich um andere Dinge kümmere. Das ist wohl meine größte Schwäche.

**Was ist für Dich eine Versuchung?**

Schokolade in jeder Form, ein gutes Glas Rotwein, hervorragendes Essen, und nicht zuletzt und alles was einen so in Versuchung führen kann.

**Was willst Du unbedingt einmal tun?**

Einmal um die Welt segeln!

**Die SPD bedeutet für dich:**

Ein schweres Stück Arbeit, das sich lohnt, immer wieder!

**Deine Juso Vergangenheit:**

Noch bin ich mitten drin!

**Dein Lieblingszitat:**

„Chaoten helfen nur der Reaktion“  
Willy Brandt

**Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK:**

*Ich glaube fest daran: Amin ruft an!*

## Jusos in deiner Umgebung

### Altenholz und Umgebung

Ansprechpartner: Sascha Paetznick  
Sascha.paetznick@gmx.de

### Kronshagen

Ansprechpartner: Lasse Mempel  
lassemempel@gmx.de

### Bordesholm

Ansprechpartner: Sven Kornmayer  
svenkornmayer@web.de

### Nortorf

Ansprechpartner: Moritz Deutschmann  
ritzmo@jusos-rd-eck.de

### Eckernförde

Ansprechpartner: Jonas Kramer  
jokra@gmx.net

### Rendsburg / Büdelsdorf / Umland

Ansprechpartner: Marlon Kruse  
marlonkruse@spd-online.de

### Gettorf und Umgebung

Ansprechpartner: Thomas Stegemann  
gettorf@jusos-rd-eck.org

### Kreisverband

Ansprechpartnerin: Elena Pieper  
elena@jusos-rd-eck.de



[www.jusos-rd-eck.de](http://www.jusos-rd-eck.de)

# RÜCKSEITE

Am 11. September 1973 putschte das Militär in Chile. Der drei Jahre zuvor demokratisch gewählte sozialistische Präsident Salvador Allende beging Selbstmord, nachdem die Luftwaffe begonnen hatte, den Präsidentenpalast La Moneda zu bombardieren. Eine Militärjunta unter der Führung von Augusto Pinochet regierte Chile daraufhin bis zum 11. März 1990 als Diktatur. Der Putsch wurde von den USA politisch und finanziell unterstützt und war ein zentrales Ereignis im Kalten Krieg, mit ähnlich symbolhafter Bedeutung wie die Revolution in Kuba.



Salvador Allende

Sergio Ortega (1938 - 2003), war chilenischer Komponist und Pianist. Ortega lässt sich zur linken Bewegung Chiles rechnen. Er komponierte unter anderem Präsident Salvador Allendes Wahlkampflied „Venceremos“ (Wir werden triumphieren) und hat außerdem die weltweit bekannte Widerstands-Hymne „El pueblo unido jamás será vencido“ (Das vereinigte Volk wird nie besiegt werden) geschrieben. Außerdem verfasste er die Hymnen der Partido Radical (Radikale Partei), der Juventudes Comunistas (Kommunistische Jugend) und der Central Unica de Trabajadores. Schließlich verwandelte er auch Salvador Allendes politisches Programm in der Textfassung von Julio Rojas in ein Lied mit dem Titel „Canto al Programa“.

Mit „**El pueblo unido**“ wird der Freiheitskampf des chilenischen Volkes verbunden, welches stellvertretend für die anderen unterdrückten Völker kämpfte. Damit hat es als Freiheitslied für viele Linke eine ähnlich große Bedeutung wie etwa die Internationale.

## El pueblo unido



Text: Sergio Ortega  
Musik: Sergio Ortega

Ref.: El pueblo unido jamás será vencido :|



Steht auf und singt! Ein neues Lied beginnt.  
Ein neuer Kampf die Zukunft uns gewinnt.  
Doch nur vereint besiegen wir den Feind.  
Kämpft mit uns, Freund,  
dass morgen wir die Sieger sind!  
In unserem Lied der neue Morgen glüht,  
wie unsre Fahne glüht im wilden Wind.



Und Chile singt das Lied vom neuen Licht,  
vom neuen Tag, der freundlicher anbricht,  
noch rot vom Blut, doch hell und klar und gut!  
Genossen, Mut!

Das Volk mit einer Stimme spricht.  
In unsrem Schritt Millionen ziehen mit.  
Das Volk vereint weicht den Faschisten nicht.

Und Chile kämpft sein!  
Sein Kampf wächst mit dem Schmerz  
und lodert aus den Minen himmelwärts  
Von Nord nach Süd das Volksfrontbanner zieht.  
Die Einheit glüht: Wir schmieden sie aus Chiles Erz.  
Der Weg ist klar: Unidad Popular!  
Das Volk es kämpft mit Hand und Hirn un Herz.

Und Chile tanzt, wenn es den Kampf geführt.  
Es tanzt vereint, wie es vereint marschieret.  
Faschistenpack! Es kommt, es kommt der Tag,  
der Siegestag. Dann wird die Rechnung präsentiert.  
Vorant! Nach vornt! Für uns geht nichts verlorn.  
Nur Ketten sind es, die das Volk verliert.

Und jetzt wird das Volk sich erheben  
im Kampfe und singen, und singen mit mächtiger  
Stimme:

Ref.: El pueblo unido jamás será vencido :|

Ref.: El pueblo unido jamás será vencido :|